



Marina Schuster
Mitglied des Deutschen Bundestages

Marina Schuster, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

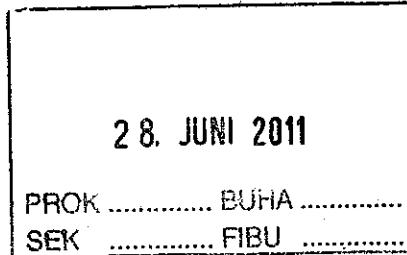
Kampagne „Steuer gegen Armut“

c/o Jesuitenmission

P. Dr. Jörg Alt SJ

Königstraße 64

90402 Nürnberg



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-74495

Telefax: 030 / 227-76495

Email: marina.schuster@bundestag.de

Homepage: <http://www.marina-schuster.de>

Wahlkreisbüro

Georg-Jobst-Gasse 22a

91171 Greding

Telefon: 08463 / 601717

Telefax: 08463 / 601718

Berlin, 20. Juni 2011

Sehr geehrter Herr Dr. Alt,

auch im Namen von Herrn Meierhofer danke ich für die Übersendung ihres Aufrufs zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Aus guten Gründen werden wir ihrem Wunsch nach Unterzeichnung jedoch nicht nachkommen.

Aufgabe liberaler Politik ist es, den Ordnungsrahmen für das Handeln auf den Finanzmärkten durch bessere Regulierung zu stärken, Fehlentwicklungen vorherzusehen und die Mitverantwortlichen der Krise für ihr Handeln in Haftung zu nehmen.

Die christlich-liberale Koalition muss auch hier die Versäumnisse ihrer Vorgänger aufarbeiten. Es war die Rot-Grüne Bundesregierung, die Investmentmodernisierungsgesetz und Hedgefonds zugelassen hat, ohne den Ordnungsrahmen für neue Finanzprodukte zu verbessern.

Wenn die internationale Staatengemeinschaft sich auf eine Finanztransaktionssteuer verständigt, wird sich die FDP nicht dogmatisch gegen eine solche Maßnahme stellen. Auch bei der Regelung der Finanzmärkte darf es keine deutschen Sonderwege und nationale Alleingänge geben. Deshalb ist die FDP offen für die Prüfung geeigneter Steuerungsmaßnahmen. Die FDP bezweifelt unverändert, dass die Finanztransaktionssteuer ein geeignetes Mittel zur marktwirtschaftlichen Neuordnung der Finanzmärkte nach den Prinzipien Freiheit und Wettbewerb aber auch Verantwortung und Haftung ist.

Uns Liberalen ist es wichtig, dass nicht die Sparer und Kleinanleger für das Fehlverhalten der Verursacher der Finanzkrise haften müssen. Für uns Liberale gilt, dass das ethische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft gerade auch auf den Finanzmärkten gelten muss.



Marina Schuster
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ein wesentliches Ziel der Finanztransaktionssteuer ist die Entschleunigung der Investitionsvorgänge an den Märkten. Aber führt dies tatsächlich zu einer höheren Stabilität? Eine frühzeitig einsetzende Spekulation, die sich auf die dritte oder vierte Stelle hinter dem Komma bezieht, kann auch ein Indikator für einem beginnenden Trend sein. Gerade die Spekulation mit kleinsten Entwicklungen und Tendenzen wirkt oftmals auch puffernd und beruhigend auf den Markt. Mit der Erschwerung dieser Investitionen werden die Ausschläge an den Börsen sehr viel gravierender ausfallen. Aufgrund der Finanztransaktionssteuer werden Spekulanten nicht mehr auf kleine Entwicklungen oder Trends reagieren, sondern klare sich abzeichnende Tendenzen vorwegnehmen, weil nur dies ihnen eine Rendite garantiert, welche ihnen die Kosten der Transaktionssteuer wieder einbringt. Die Märkte werden damit erheblich stärkeren Schwankungen ausgesetzt, Trends werden abrupter und sehr viel heftiger einsetzen, als dieses bisher der Fall ist. Die Finanztransaktionssteuer kann daher zu einem Risiko für die Stabilität und Sicherheit der Finanzmärkte werden. Die Transaktionssteuer wird die Märkte nicht entschleunigen, sie wird statt dessen dazu führen, dass diese härter, schneller und heftiger reagieren. Die dadurch entstehenden Unwuchten werden eine Beruhigung der Wirtschaft erschweren und stellen ein latentes Sicherheitsrisiko dar, dem kaum begegnet werden kann.

Die FDP präferiert daher eine **Finanzaktivitätssteuer**, um Exzesse am Finanzmarkt zu beseitigen. Die Finanzaktivitätssteuer bezieht sich, anders als die Finanztransaktionssteuer, nicht auf Umsätze, sondern auf Erträge. Sie beruht auf einem Vorschlag des Internationalen Währungsfonds und sieht vor, Gewinne, Gehälter und auch Bonuszahlungen von Banken und Finanzdienstleistern zu besteuern. Für diese Lösung setzt sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene ein. Die Vorschläge der EU-Kommission vom Oktober vergangenen Jahres gingen bereits in die richtige Richtung. Nun bleibt abzuwarten, wie die endgültigen Empfehlungen der Kommission nach Abschluss des öffentlichen Konsultationsverfahrens aussehen werden.

Mit freundlichen Grüßen


Marina Schuster